

# INFObrief 9

Dezember 2007



## Nachrichten aus der Kommune

### ■ Freie Plätze im A & B Projekt

Die Jugendhilfe Essen gGmbH hat mit Mitteln der Europäischen Union und des Landes NRW am 15. März 2007 zum 2. Mal das Projekt „A & B - Ausbildung und Beschäftigung für jugendliche Asylbewerber“ gestartet. Ziel ist es, junge Flüchtlinge, die über eine Duldung oder Fiktionsbescheinigung verfügen und nach der neuen Bleiberechtsregelung eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, in Ausbildung und Beschäftigung zu vermitteln. Teilnehmen können junge Flüchtlinge bis 25 Jahre.



Insgesamt stehen in der Maßnahme 30 Teilnehmerplätze zur Verfügung. Da in den letzten Monaten bereits fast 50 % der Teilnehmer und Teilnehmerinnen in den 1. Ausbildungs- und Beschäftigungsmarkt vermittelt wurden, will A & B jetzt neue Jugendliche aufnehmen. Diese haben die Chance, sich intensiv für das Ausbildungsjahr 2008 zu bewerben. Ein Schulabschluss sollte möglichst vorhanden sein. Im Rahmen des Projektes werden Kompetenzen festge-

stellt, eine Berufsplanung und ein Bewerbungstraining durchgeführt sowie Unterricht und Betriebspraktika angeboten. Das Projekt läuft bis zum 14. März 2008.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der Jugendhilfe Essen gGmbH, Projekt A & B, Palmbuschweg 40-42, 45326 Essen, Telefon 0201/74702-11/12, FAX 0201/74702-16. Ansprechpartner sind Frau Wolbeck und Herr Raabe.

*Ina Wolbeck, Jugendhilfe Essen gGmbH*

### ■ Bericht aus dem Integrationsbeirat vom 06.11.2007

● Der Integrationsbeirat (IBR) lehnte den 3. Umsetzungsbericht des Interkulturellen Konzepts wegen des „immerwährenden Religionsbezugs“ und der Darstellung rund um die Familien „libanesischer Herkunft“ mit drei Gegenstimmen ab (s. Kommentar). Folgerichtig konnte der IBR auch keine Empfehlung für die Fortführung der gerade in dem kritisierten Punkt sechs beschriebenen „Interkulturellen Konfliktvermittlung“ aussprechen, obwohl Konfliktvermittlung an sich bejaht wurde und die Ratsvertreter auf die anstehende Bewilligung der Gelder hinwiesen.

● Dezernat Renzel führte aus, dass die Berichterstattung seines Geschäftsbereiches „neu justiert“ werde. Dabei werde die Gesamtberichterstattung vereinheitlicht und „Inte-

gration“ als Querschnitt deutlich.

● Die LAGA - Unterschriftenaktion für das Kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Ausländer kann man auf [www.wahlrecht-fuer-migranten.de](http://www.wahlrecht-fuer-migranten.de) einsehen und unterstützen.

● Herr Heinemann (Gesundheitsamt) berichtete, dass im Tandem mit der Uni 18 Multiplikatoren aus dem Migrantenbereich geschult werden, um für diesen Personenkreis (bes. in Altendorf und Katernberg) Gesundheitsberatung kompetent zu leisten. Für Menschen mit afrikanischem Hintergrund gibt es das bisher nicht, weil sich keine Multiplikatoren gemeldet haben.

● Zur Neuordnung des Zuwanderungsgesetzes verwies Herr Rothvoss (stellv. Leiter der Ausländerbehörde) auf die Vorlage und die Veranstaltung am 15.11.2007. Auf Nachfrage nach der „Sicherheitsbefragung“ konnte Herr Rothvoss nur mitteilen, dass am kommenden Mittwoch eine „größere Anzahl“ eingeladen sei, um einen 10-seitigen Befragungsbogen auszufüllen. Das habe nichts mit „persönlichem Misstrauen“ zu tun. Weil der Erlass „streng geheim“ sei, könne er nicht sagen, welche Kriterien Anlass zur Befragung geben.

### Kommentar

Der dritte Umsetzungsbericht (2002-2006) zur „Interkulturellen Orientie-

„rung in der Stadt Essen“ liegt dem Integrationsbeirat (IBR) seit September zur Kenntnis vor - und wurde bereits veröffentlicht.

Dem IBR war sofort klar, dass dieser 242 Seiten starke Bericht nicht einfach in einer ordentlichen Sitzung „zur Kenntnis genommen“ werden könnte. Deshalb sollte die Verwaltung den Bericht in einer nichtöffentlichen Sondersitzung am 24.10. vorstellen.

In der anschließenden Diskussion wurde ebenso wie in der IBR-Sitzung vom 06.11.2007 engagiert und durchaus emotional an bestimmten Formulierungen massive Kritik geäußert.

Zentrum dieser Kritik war, dass in der Vorlage ein „immer währender Religionsbezug“ im Zusammenhang mit sozialen Problemen hergestellt wird. So wird z.B. auf S. 133 von „muslimischer Jugendkriminalität“ gesprochen, auf S. 116 von „fehlender Verantwortlichkeit innerhalb muslimischer Gemeinden“. Das führt zu Missverständnissen.

Daneben gibt es höchst problematische Wertungen, wenn z.B. die Zunahme von Scheidungsraten unter Muslimen als Emanzipationsentwicklung bezeichnet wird (S.118).

Wenn ich - als Mitglied der christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft - den Kontext mit einbeziehe, fallen mir manche Formulierungen nicht sofort auf, selbst wenn ich z.B. „christliche Jugendkriminalität“ dafür einsetze.

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen: Menschen der muslimischen Minderheit in unserer Gesellschaft erfahren sich immer wieder als nicht erwünscht, misstrauisch beäugt, zunehmend allein wegen ihres Heimatlandes oder ihrer Religion in die Nähe von Terroristen gestellt. Müssen sie da nicht empfindlich auf solche Formulierungen reagieren?

Natürlich kann die Verwaltung aus ihrer Vorlage nicht wie gefordert Teile herausnehmen. Aber: Für die Zukunft müssten Sachberichte sachlicher und eindeutiger formuliert werden und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund sollten auf solche - hoffentlich unbeabsichtigte - Wirkung hinweisen. Dabei geht es nicht um Veränderung von Fakten, sondern um eine unmissverständliche Darstellung.

So darf es nicht wundern, dass der Bericht fast einstimmig abgelehnt und gefordert wurde, besonders den Teil 6 zu entfernen.

K.R.

### **Heute ist Zeit für deine Träume: 100 Essener Kinder und Jugendliche stellen ihr drittes Buch vor**

*Ich träume von einer besseren Welt,  
von einer Welt, in der wir uns  
nicht länger als Fremde sehen,  
in der der neue Morgen gerne kommen  
kann  
ohne Ängste und Sorgen,  
von einer Welt also,  
in der wir nicht länger gegeneinander  
kämpfen,  
um im Leben weiter zu kommen.*

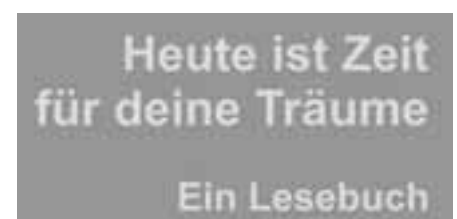
**Hadel Al Shahwani**

Nach den beiden ersten, weit über Essen hinaus bekannt gewordenen Büchern Fremd und doch daheim?! und Dann kam ein neuer Morgen haben Essener Kinder und Jugendliche auf einen Schreibauftrag des Kulturzentrums Grend und des Geest-Verlages hin jetzt ein drittes Buch mit ihren Beiträgen erstellt. Unter dem Thema „Heute ist Zeit für deine Träume“ gingen zahlreiche Beiträge ein, von denen mehr als 100 Texte in diesem Buch zur Veröffentlichung ausgewählt worden sind.

In einer Premiere mit über 250 Gästen stellten die Jugendlichen am Dienstag, den 20. November, ihr Buch im Beisein von Bürgermeisterin Annette Jäger (Essen) und Dr. Thomas Kufen, dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, der Öffentlichkeit vor.

Träume über Zukünftiges finden in den Texten ebenso Raum wie Träume über Vergangenes und Unveränderliches. Die jungen Autorinnen und Autoren schreiben über Träume voller Leichtigkeit und solche, in denen sich Sorgen über die eigene Zukunft oder die eigene Gesundheit spiegeln. Sie erzählen wundersame Traumgeschichten von Elfen und Feen und setzen sich an anderer Stelle in ihren Träumen mit drängenden sozialen Problemen auseinander. Sie träumen am Tage während langweiliger Schulstunden und in der Nacht, wenn sich Illusion und Realität miteinander vermischen. Natürlich finden auch die Träume von erfüllter und unerfüllter Liebe in diesem Buch ihren Platz. Zeit für deine Träume ist somit wieder ein Lesebuch geworden, das dazu einlädt, mit Kindern und Jugendlichen über ihre Träume ins Gespräch zu kommen.

Das Buch ist ab sofort im Buchhandel oder direkt ab dem Verlag abrufbar.



Andreas Klink, Artur Nickel (Hrsg.)  
Vechta: Geest-Verlag, Vechta-Langförden 2007, ISBN 978-3-86685-098-9, 212. S., 10 Euro

**Presseinformation Nr. 224, 05/12/2007,  
Büngen, Geest-Verlag**

### Studie zu menschenrechtlichen Verpflichtungen der EU-Staaten an den Seeaußengrenzen

Das Deutsche Institut für Menschenrechte sieht Mängel bei der Durchsetzung der Pflicht zur Seenotrettung durch die EU-Staaten. Die Todesfälle seien unter anderem auf die Uneinigkeit der EU-Staaten mit Blick auf die menschenrechtlichen Verpflichtungen und die Lastenteilung untereinander zurück zu führen, sagte Ruth Weinzierl, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Menschenrechte, heute anlässlich der Vorstellung der Studie „Grenzschutz und Menschenrechte“. „Die fehlende Klarheit über Verpflichtungen und Zuständigkeiten beim Menschenrechts- und Flüchtlingsschutz senkt die Bereitschaft zur Seenotrettung und zur menschenwürdigen Behandlung der betroffenen Menschen erheblich“, so Weinzierl.

Die Studie untersucht zudem die menschenrechtlichen Verpflichtungen, die bei den vorverlagerten Migrationskontrollen der EU-Staaten jenseits der Staatsgrenzen bestehen. Aus Sicht des Instituts verbieten die Menschenrechte die aktuelle Praxis des Abfangens und Zurückweisens der Schiffe auf die Hohe See sowie des Ablenkens und des Zurückbegleitens der Schiffe in ihre Ausgangshäfen außerhalb der EU. Allein die Pflicht zur Seenotrettung zu erfüllen, reiche nicht aus, so Weinzierl. Das ergebe die Analyse sowohl der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als auch die Analyse der UN-Menschenrechtsabkommen, der Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Grundrechte. Die geret-

teten Menschen müssten in jedem Fall Zugang zu einem Verfahren in einem EU-Staat erhalten, in dem ihre Schutzbedürftigkeit geprüft werden könne.

Die Studie erörtert darüber hinaus, bei wem die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen liegt, die im Rahmen von gemeinsamen Grenzschutzoperationen begangen werden. Solche Grenzschutzoperationen werden häufig unter Beteiligung mehrerer EU-Mitgliedstaaten sowie afrikanischer Staaten durchgeführt und von der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX koordiniert.



Die Autorinnen der Studie, Ruth Weinzierl und Urszula Lisson, sehen hier neben der politischen vor allem eine rechtliche Gesamtverantwortung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. „Es fehlen konkrete Regelungen, die die EU-Staaten verpflichten, die auf See aufgegriffenen Personen zur Prüfung ihres Antrags auf internationalen Schutz in die EU zu verbringen“, so Weinzierl. Derzeit stehe die EU-Gesetzgebung im Widerspruch zu den EU-Grundrechten und

müsse daher dahin gehend geändert werden, dass sie die Menschenrechtsverletzungen ausdrücklich verbiete.

Ruth Weinzierl/Urszula Lisson: Grenzschutz und Menschenrechte. Eine europarechtliche und seerechtliche Studie.

Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2007.

ISBN 978-3-937714-50-9

Pressemitteilung vom 30.10.2007; Quelle.

[http://www.institut-fuer-](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/webcom/show_article.php/_c-419/i.html)

[menschenrechte.de/webcom/show\\_](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/webcom/show_article.php/_c-419/i.html)

[article.php/\\_c-419/i.html](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/webcom/show_article.php/_c-419/i.html)

## Rechtspraxis

### Überfällige Quittung der EU-Kommission für mangelhafte Flüchtlingspolitik

Anlässlich des Berichts der EU-Kommission zur mangelhaften Umsetzung der EU-Flüchtlingsaufnahmerichtlinie in Deutschland erklärt Josef Winkler, migratiopolitischer Sprech-

er: Die Bundesregierung erhält nun die Quittung für ihre nicht europarechtskonforme Änderung des Zuwanderungsgesetzes. Selbst die vereinbarten humanitären Mindeststandards bei der Flüchtlingsaufnahme werden von Deutschland nicht eingehalten. Ein Skandal, auf den Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen seit langem hinweisen.

Die EU-Kommission beanstandet, dass Deutschland seinen Verpflichtungen nach der EU-Richtlinie zur Aufnahme von Flüchtlingen nicht gerecht wird. Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge wie etwa unbegleitete Minderjährige oder Folteropfer erhalten nicht die Behandlung, die ihnen nach verbindlichem Europarecht zusteht. Diese Peinlichkeit hätte sich die Bundesregierung ersparen können. In der Beratung um das neue Zuwanderungsgesetz hatten die im Innenausschuss angehörten Sachverständigen erst im Juni 2007 eindringlich auf entsprechende Mängel im Gesetzesentwurf der Bundesregierung hingewiesen. Wir hatten Änderungsanträge für eine europarechtskonforme Umsetzung vorgelegt. Schwarz-Rot hat sie alle abgelehnt.

In einem weiteren von der Kommission kritisierten Punkt geben wir der Koalition die Chance zur schnellen Korrektur. Damit Minderjährige nicht mehr in Aufnahmeeinrichtungen für Erwachsene untergebracht werden, fordern wir die Bundesregierung in einem Antrag auf, endlich die Vorbehalte gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention zurückzunehmen. Diesem Antrag, den die Koalition seit über einem Jahr in den Ausschüssen versauern lässt, kann die Koalition einfach zustimmen und damit einem möglichen Vertragsverletzungsverfahren aus Brüssel entgehen.

**Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag, Pressemitteilung vom 27.11.07, NR. 1288/2007**

## Geringer Erfolg von Integrationskursen

Die Tatsache, dass nur 45 % der Teilnehmer(innen) den Kurs mit einer bestandenen Prüfung beenden, zeigt nach Worten von Rita Süßmuth, Volksschulpräsidentin, dass das vom Gesetzgeber vorgegebene Niveau der Deutschkenntnisse von vielen Zuwanderern nicht erreicht wird.

Als ein Grund dafür nannte sie unzureichende Rahmenbedingungen: "Wenn bis zu 25 Zuwanderer mit völlig unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen...aus Kostengründen in einem Kurs unterrichtet werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Lernenerfahrenen auf der Strecke bleiben."

*KAM info migration 07/2007*

## Termine

### ● 18.12.2007, ab 19.00 Uhr

Monatsversammlung im Weltcafe zum Jahresende: ein Abendessen mit Freundinnen und Freunden von ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen (bitte anmelden), Hövelstr. 73

### ● 08.01.2008, 18.30 Uhr

Beratergruppe bei ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen; Maxstr.11  
Thema: Neuigkeiten zur Bleiberechtsregelung und Möglichkeiten der Aufenthaltsverfestigung;  
Referent: Herr Rothvoß, stellvertretender Leiter der Ausländerbehörde Essen

**Anschrift:** ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V., Maxstraße 11, 45127 Essen

**Tel:** 0201 / 20539

**Fax:** 0201 / 232060

**Mail:** [info@proasylessen.de](mailto:info@proasylessen.de)

**Bankverbindung:** Kontonr. 1600626, Sparkasse Essen, BLZ 36050105

**Internet:** [www.proasylessen.de](http://www.proasylessen.de)

**Redaktion:** Inka Jatta, Alexander Pott



Diese Publikation gibt die Meinung des Verfassers wieder. Die Kommission ist nicht verantwortlich für die Verwendung der Informationen.

Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanziert.